

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 70 (1976)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Bundesrepublik Deutschland, NATO und Südafrika  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-142545>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Bundesrepublik Deutschland, NATO und Südafrika

Einer höchst aufschlußreichen Artikelserie in «Neue Stimme» (März 1976) der deutschen «Evangelischen Monatsschrift zu Fragen in Kirche, Gesellschaft und Politik» entnehmen wir, kurzgefaßt, nachstehende, kaum zu bestreitende Feststellungen, an die, im Interesse klarer politischer Einsichten immer wieder erinnert werden muß. — Red.

Am 4. April 1949 unterzeichneten die Außenminister Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Portugals und der Vereinigten Staaten von Amerika den Nordatlantik-Vertrag (NATO). Der Grund dafür war das Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition und der Beginn des Kalten Krieges (etwa 1947). Damals kam der «Westen» zur Einsicht, daß er eigentlich den falschen Feind besiegt habe: als der gefährlichste Gegner galt von da an die Sowjetunion: der ehemalige Bündnispartner wurde zum «Todfeind». In London und Washington wurde die Strategie des «Roll-back» entwickelt. Ziel der gemeinsamen Politik sollte hinfort sein, einer Ausbreitung der sozialistischen Gesellschaft entgegenzutreten und — wenn möglich — den Sozialismus zurückzudrängen und verschwinden zu lassen.

Im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre bestand bis weit in die Reihen der Konservativen die Einsicht, daß der Faschismus nicht als ein Schicksal über das deutsche Volk gekommen war, sondern eine Erscheinungsform der Herrschaft des Großkapitals in einer bestimmten Situation ist. Es gab darum Mehrheiten dafür, der Herrschaft des Großkapitals in Deutschland ein Ende zu setzen. Fortschrittliche Kreise waren bereit, diese Kräfte von der wirtschaftlichen und damit auch politischen Macht zu trennen. Mehrere Volksabstimmungen ergaben eindeutige Mehrheiten für die Enteignung der Großbesitzer an Produktionsmitteln. Doch das Ergebnis dieser Abstimmungen wurde in den Jahren 1947 und 1948 von der britischen und amerikanischen Besatzungsmacht, die für Deutschland andere Ziele im Auge hatten, annulliert.

Der am 23. Mai 1949 gegründete jüngste Staat Europas, die Bundesrepublik Deutschland (d. h. die westlichen Besatzungszonen) sollte, im Gegensatz zu ihren damaligen Wünschen, eine wichtige Funktion im Kampf gegen das Vordringen des Sozialismus übernehmen. Sie wurden zur Speerspitze im antisowjetischen Kampf erkoren. Die BRD, auf Anordnung der Westmächte gegründet, versuchte hinfort diesen Anforderungen gerecht zu werden. Der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, bot denn auch, wenige Monate nach der Gründung der BRD den

West-Alliierten einen sogenannten «Deutschen Verteidigungsbeitrag» an. Nun galt es, der kollaborationsfreudigen Minderheit im jungen Staat zur entsprechenden Macht zu verhelfen. Der Marshallplan machte die Konzerne wieder flott — die Folge war das «deutsche Wirtschaftswunder». Es fehlte noch die militärische Mitgliedschaft der BRD in der NATO. Diese kam zustande, nachdem im August 1954 das französische Parlament die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» abgelehnt hatte. Am 5. Mai 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen.

Seit den Anfängen dieser Mitgliedschaft der BRD in der NATO, als sie sich, infolge ihrer totalen Abhängigkeit von USA bemühte, den Musterknaben der westlichen Supermacht zu spielen, hat sich ihre Rolle allerdings sehr geändert. Im Maße wie sich die USA durch ihre außenpolitischen Abenteuer (Aggression in Vietnam vor allem) isolierten, nahm die Bedeutung und der Einfluß der BRD innerhalb und außerhalb der NATO zu; sie avancierte vom Diener zum stärksten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Partner der USA in Europa, und zur Vormacht in der Europäischen Gemeinschaft (EG). Es ist keine Übertreibung festzustellen, daß die USA ohne die Unterstützung durch die BRD in Europa nicht mehr viel zu bestellen hätten.

Die Bemühungen des deutschen Großkapitals um eine wirtschaftliche und machtpolitische Neuordnung Europas waren in zwei Weltkriegen gescheitert. Der Kalte Krieg hat das selbe Großkapital seither zu einer Hegemonie-Stellung in Europa sich entwickeln lassen, und die BRD zur zweitstärksten Macht nach USA, die auch die Entscheidungen der führenden Vereinigten Staaten beeinflußt. Bei allen NATO-Konferenzen treten die Vertreter der USA und der BRD mit gleichgerichteten Interessen auf. Beide sind interessiert an einer Stärkung der NATO, beide forcieren die Aufrüstung mit dem ständigen Hinweis auf eine angebliche Übermacht auf diesem oder jenem Sektor beim Todfeind im Osten. Dabei ist für die BRD die «europäische Einigung», die sie in zwei Weltkriegen nicht erreichte, von besonderem Interesse. Dieses Ziel wird militärisch angesteuert durch die Standardisierung der Waffen der NATO-Partner, handelspolitisch durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, wehrpolitisch auch durch die EUROGROUP in der NATO, in Richtung auf eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Auf der wirtschaftlichen Ebene ist die westeuropäische Vorherrschaft der Bundesrepublik bereits im Entstehen: In einer Reihe von großindustriellen Fusionen und Zusammenschlüssen des Großkapitals der BRD (Multinationale) ist es ihm gelungen, seinen Einfluß weit über die Grenzen der Bundesrepublik auszudehnen. Die BRD ist, bei aller Bündnistreue zum Partner, auch bereits zum ernstzunehmenden Konkurrenten der USA geworden, so zum Beispiel in dem spek-

takulären Atomvertrag mit Brasilien und in der angestrebten nuklearen Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika. Wenn die BRD den Amerikanern Großaufträge wegschnappt, so entlastet sie die USA-Regierung immerhin außenpolitisch gerade auch in den lateinamerikanischen Ländern, die Washington gegenüber sehr kritisch eingestellt sind. Die BRD unterstützt besonders die amerikanischen Bemühungen um eine Erweiterung des Einflusses der NATO auf Spanien und Portugal, Südafrika und sogar Brasilien. Für sie hat die Mitgliedschaft in der NATO erste Priorität, erlaubt ihr diese Organisation doch, die wirtschaftlichen Interessen der bundesrepublikanischen Großkonzerne politisch abzusichern.

Die Politik der Entspannung kommt diesem politischen Programm der BRD logischerweise in die Quere, weil sie zu einem Anwachsen der demokratischen und Befreiungsbewegungen führt. Daher die Kritik Bonn's an den NATO-müden kleineren Mitgliedstaaten der NATO, die finden, nach den Vereinbarungen der KSZE wäre eine Senkung der Rüstungsausgaben fällig. Daher auch die repressive Bonner Politik im eigenen Land, wo Berufsverbote und Bedrängung demokratischer Bewegungen an der Tagesordnung sind. Wenn es in repräsentativen Kreisen nicht mehr gut angeht, offen gegen Entspannung aufzutreten, so sucht doch selbst die sozial-liberale Koalition ihre Auswirkungen in Schranken zu halten.

Diese Politik, die der Entwicklung friedlicher Koexistenz feindlich gesinnt ist, belastet die Bevölkerung der BRD mit den höchsten Rüstungslasten aller NATO-Staaten, was zur Folge hat, daß soziale Reformen auf der Strecke bleiben und die demokratischen Rechte abgebaut werden.» Soweit die Stellungnahme der «Neuen Stimme».

Der Kampf um die Befreiung der letzten noch unter Kolonialregimes existierenden afrikanischen Länder Rhodesien, Namibia und Südafrika geht jedoch weiter, trotz Widerstand der Anleger-Interessen und einer faschismusfreundlichen NATO, die jahrelang Kampfflugzeuge aus ihren Beständen an das NATO-Mitglied Portugal lieferte, mit der Auflage, daß sie Portugal nicht verlassen dürften. Sie kamen prompt zum Einsatz gegen die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau und Moçambique, unter Duldung, oder besser gesagt, mit Zustimmung der NATO. Nach dem erfolglosen Versuch einer Erhaltung des portugiesischen Kolonialsystems rangen sich mindestens die USA und Großbritannien durch zur Verurteilung des Minderheitsregimes in Rhodesien, legen aber ihr Veto dagegen ein, daß die Sowjetunion oder deren Satellit Kuba den Befreiungskräften in Rhodesien militärische Hilfe leiste. Ob die Drohungen der USA für den Fall eines ausländischen militärischen Eingreifens in Rhodesien ernst zu nehmen oder ob sie mit den amerikanischen Wahlen in Ver-

bindung zu bringen sind, ist vorläufig nicht auszumachen. Mit Sicherheit läßt sich jedoch voraussagen, daß die Abschaffung der Apartheid in Südafrika, welche erfolgen muß, wenn ein «befreites Afrika» nicht ein leeres Wort bleiben soll — die Herausforderung an den Imperialismus, ja an das kapitalistische System selbst darstellt. Die Offensive, die letztes Jahr von der 29. UNO-Vollversammlung gegen den Rassismus ergriffen wurde und die massiven Angriffe auf Südafrika im Sicherheitsrat, die zum Ausschluß der Republik aus der UNO hätten führen sollen, erhellen die Situation. Das dreifache Veto der USA, Großbritanniens und Frankreichs, das ihre politische, wirtschaftliche und militärische Bindung mit dem rassistischen Regime manifestiert, vermochte den Hinauswurf Südafrikas aus der UNO noch einmal zu verhindern. Damit ist jedoch das Apartheid-Regime, das die erwähnten Vetomächte erhalten möchten, um nichts sicherer geworden. Über die Verteidigungspläne für Südafrika enthält die «Neue Stimme», die wir hier noch einmal zitieren möchten, sehr wertvolle Informationen. Peter Ribken schreibt dort unter dem Titel «Die NATO und Südafrika» unter anderem:

«Im Sommer 1973 entschied der Nordatlantik-Rat auf seiner Sitzung in Bonn, SACLANT (NATO-Kommando-Atlantik) sei zu ermächtigen, Pläne zur Verteidigung der lebenswichtigen maritimen Verbindungslinien im Südatlantik und im Indischen Ozean zu entwickeln. SACLANT erstellte Pläne für Krisenfälle auch über den bisherigen NATO-Rahmen hinaus. Seither, im Sommer 1975, wurde festgestellt, daß verschiedene NATO-Staaten, allen voran die Bundesrepublik, seit Jahren Südafrika behilflich waren, ein Schiffsbewegungs-Beobachtungszentrum bei Simonstown einzurichten. Das ganze System wurde mit NATO-Kodifizierungs-Nummern für sämtliche Anlagen und Ersatzteile ausgerüstet. Südafrika ist außerdem mit den Nachrichten-Systemen der Royal Navy in London und der amerikanischen Marine-Basis in Puerto-Rico integriert. In dieser Region, so kann Pretoria mit Grund erklären, ist der Westen heute auf dieses militärische Nervenzentrum angewiesen.

Die Interessen Südafrikas sind klar; es möchte sich für die westlichen Industriestaaten unentbehrlich machen und sie für die Aufrechterhaltung des Apartheid-Systems interessieren. Die NATO-Staaten sind in einer delikateren Lage: Sie betonen immer wieder, es entspräche ihren Interessen, daß das Apartheid-Regime verschwinde. Andererseits verhindern Frankreich, Großbritannien und die USA mit ihrem Veto-recht im Sicherheitsrat bisher erfolgreich, daß die Republik Südafrika wegen ihrer Rasenpolitik aus der UNO ausgeschlossen, und das Waffenlieferungs-Embargo der UNO gegen Südafrika verbindlich gemacht wird.

Die westliche Begründung für die Einbeziehung Südafrikas in die NATO-Verteidigungspläne argumentiert immer noch mit der angeblichen sowjetischen Bedrohung der Öl-Route um das Kap. Es wird im Westen auch behauptet, die Sowjetunion errichte in Angola eine gegen Südafrika, und damit gegen den Westen gerichtete Interventionsbasis.

Peter Ripken, im erwähnten Artikel, sieht die Gründe mit Recht anderswo: «Der Westen ist tief verstrickt in die Aufrechterhaltung der Apartheid: Riesige Investitionen (die unerhört hohe Profite nur abwerfen können, wenn das niedrige Lohnniveau für die Schwarzen und ganz allgemein ihre skandalöse Benachteiligung, die mit der Apartheid identisch sind, beibehalten werden; Red.) und die Sicherung strategisch wichtiger Rohstoffe, wie sie Südafrika verspricht (z. B. Uran für die BRD) haben den Westen dazu gebracht, neben der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit dem mächtigsten Staat in Afrika, nun auch die militärische Komponente stärker zu beachten. Besonders das rohstoffarme Europa geht davon aus, daß die Schätze Südafrikas nicht in die Hände antikapitalistischer schwarzer Politiker fallen dürfen.» «Mit dem zunehmenden Druck schwarzafrikanischer Staaten hat sich diese Gefahr erhöht. Auch der Westen meint der Logik seines internationalen Wirtschafts-Systems folgen zu müssen, wenn er die NATO zu einem Bündnispartner Südafrikas macht, wenn die BRD bei der Entwicklung der Atombombe hilft, wenn Frankreich einen erheblichen Teil seiner Rüstungsproduktion nach SA exportiert. Diese Entwicklung wird auch Europa zu einem noch direkteren Partner in dem in Südafrika bevorstehenden Konflikt machen, als es in Angola schon war.»

«Diese verhängnisvolle Entwicklung kann heute noch gestoppt werden, wenn sich der internationale Druck auf Südafrika mit friedlichen Mitteln (und ein Boykott ist das gewaltlose Mittel par excellence) verstärkt und der Kampf der Befreiungsbewegung gegen das unterdrückerische Rassisten-Regime in Südafrika auch vom Westen unterstützt wird. Sonst ist zu befürchten, daß wir eines Tages vor der Frage stehen, ob NATO-Kontingente eingesetzt werden sollen, um dem weißen Südafrika in der Konfrontation mit der schwarzen, sich radikalisierenden Bevölkerungsmehrheit beizustehen. Und wie leicht sich in einer solchen Konfrontation mit dem Begriff 'sowjetische Intervention' operieren läßt, zeigt gerade das Beispiel Angola.»

Sowjetische Waffenlieferungen an afrikanische Nationalisten müßten dann herhalten, um den Einsatz von Bundeswehr-Einheiten zum Schutz der weißen Minderheit und deutscher Investitionen zu rechtfertigen. Und wie in Vietnam und Angola stünde die NATO auf der falschen Seite, gegen den Willen der afrikanischen Bevölkerung auf Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit — für Unterdrückung und Ausbeutung der Mehrheit durch eine Minderheit. Noch ist es Zeit, dieser verhängnisvollen Entwicklung zu steuern. «Neue Stimme»